



öffentlich

**Betreff:**

Schulen in freier Trägerschaft

Erstellungsdatum 06.12.2007

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.02.2008	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, der Landeshauptstadt Potsdam ein Informations- und Anhörungsrecht bei der Zulassung von Schulen in freier Trägerschaft einzuräumen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dieses Anliegen in geeigneter Weise an den Bildungsminister des Landes Brandenburg heranzutragen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Potsdam ist für Schulen in freier Trägerschaft ein sehr beliebter Standort. Im Primarbereich nähert sich die Kapazität dieser Schulen der 20 %-Marke, d. h. jedes 5. Grundschulkind geht schon bald in eine nicht-staatliche Schule. Dabei klafft zunehmend ein Widerspruch zwischen der städtischen Schulnetz-, und damit Kapazitätsplanung und der völlig jeder Planung sich entziehenden Ansiedlung nicht-staatlicher Schulen auf.

Gesetzlich vorgeschriebene Schulnetzplanung droht zur Farce zu verkommen. Auswege aus dieser Lage müssen gesucht werden.